

**Projektland: Indien****Quartal/Jahr: April bis Juni 2010****Schlagzeilen:**

1. Fünf Jahre Regierungsarbeit der Koalitionsregierung
2. Strategische Partnerschaft zwischen Indien und den USA
3. Ca. 14,6 Mrd. Dollar Einnahmen für den Staat durch Versteigerung von Mobilfunklizenzen

Innenpolitik

Ein weiteres Regierungsjahr der United Progressive Alliance (UPA) mit Premier Dr. Manmohan Singh und der Indian Kongresspartei (Indian National Congress, INC) unter Leitung von Sonia Gandhi sind beendet. Ein Rückblick:

Der INC, der den Wandel im indischen Parteiensystem spät erkannt hatte, initiierte noch vor den Wahlen 2004 ein Koalitionsbündnis, die United Progressive Alliance (UPA), welches ihm dazu verhalf, nach den Wahlen 2004 die Regierungsgewalt zu übernehmen und sie bis heute zu behalten. Mit beteiligt an diesem Bündnis sind unterschiedliche regionale Parteien aus Gesamtindien und bis 2008 zusätzlich die kommunistische Partei Indiens.

Eine Voraussetzung für erfolgreiche Koalitionsbündnisse ist das Vorhandensein eines Minimalkonsenses über die wichtigsten Themen. Wenn dieser nicht erreicht wird besteht die Gefahr, dass sich die Koalition spaltet, was wiederum eine Regierungsunfähigkeit zur Folge haben kann. 2008 verließ die kommunistische Partei, die das Regierungskoalitionsbündnis „von außen“ gestützt hatte, das Parteienbündnis UPA. Grund war das Abkommen zur zivilen Nutzung von Atomenergie zwischen der indischen Regierung und den USA – und danach auch anderen Staaten-, das die kommunistische Partei entschieden ablehnte. Dies führte zu dem ersten Misstrauensvotum, dem sich die UPA im Juli 2008 stellen musste. Obwohl sie mit 19 Stimmen Vorsprung siegten und so an der Macht bleiben konnten, zeigte dieser Zwischenfall, wie instabil die Regierung ist, wenn sie auf einem so heterogenen Bündnis zahlreicher Koalitionspartner basiert.

Anders als in Deutschland, existiert in Indien keine 5 Prozent Hürde, die stimmschwache Parteien davon abhält, einen Sitz im Parlament zu erhalten. Dies birgt die Gefahr, dass im Unterhaus (Lok Sabha) entweder keine eindeutige Mehrheit gebildet und in folge dessen keine Regierung geformt werden kann oder aber, dass die regierende Koalition sich nach kurzer Zeit auflöst und Neuwahlen anberaumt werden müssen.

Der Wahlkampf 2009 war dann geprägt vom Bewusstsein der Parteien, dass keine der großen Parteien eine Mehrheit erreichen kann und es wieder ein Koalitionsbündnis geben wird. Dieses Wissen wurde von regionalen Parteien vor allem nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse in den dann beginnenden Koalitionsverhandlungen eingesetzt. Es ging um Ministerposten, als deutlich sichtbares Zeichen erfolgreicher Verhandlungen.

Nach Wiederwahl des INC erfolgte eine Bündelung von lokalen und regionalen Minimalthemen zu einem nationale angelegten Rahmenkatalog, Einigung auf einen von allen Koalitionspartnern getragenen Maßnahmenkatalog und Implementierung der Maßnahmen. Es war keine einfache Aufgabe. Die Regierungskoalition UPA wurde mit folgenden übergeordneten nationalen Themen konfrontiert: Armutsbekämpfung, Bildung (Schulbildung und Berufsausbildung), Gesundheit, nationale Sicherheit (incl. Reform der Polizei).

Dazu kamen die außenpolitische Themen: Neupositionierung Indiens in Asien und der Welt, insbesondere durch den Ausbau der strategischen Partnerschaften mit den USA und der EU. Befriedung der SAARC-Region als wichtiges Ankerland in Südasien mit dem Auf- und Ausbau neuer außenpolitischer Beziehungen zu den von politischer Instabilität gekennzeichneten Nachbarländern Pakistan, Sri Lanka, Nepal, Bangladesh und auch Afghanistan. Darüber hinaus musste eine neue Strategie mit Blickrichtung China, dem Hautkonkurrenten zum Thema asiatische Geopolitik, entworfen werden.

Auf diese Punkte wird weiter unten detailliert eingegangen.

Eine Koalitionsregierung mit der Kongresspartei im Zentrum und dem Ökonom und Außenpolitiker Dr. Manmohan Singh als Premier, schien zum Meistern dieser vielfältigen Aufgaben am besten gerüstet zu sein. Darüber hinaus positionierte die Kongresspartei mit Rahul Gandhi bereits zum Zeitpunkt der Wahl einen möglichen zukünftigen Premier aus den eigenen Reihen, einen ehrlichen und dennoch selbstsicheren jungen Mann, der als Mitglied der Nehru-Gandhi-Dynastie die Geschicke Indiens nach Ablauf der nächsten Legislaturperiode bestimmen könnte.

Ein erster Meilenstein der UPA wurde dann mit der Ernennung Meira Kumars zur Sprecherin des Parlaments gesetzt. Zum ersten Mal in der Geschichte der indischen Demokratie wurde einer Frau dieses wichtige Amt übertragen. Meira Kumar ist zudem Angehörige der niedrigkastigen Dalitgruppe, was ihrer Ernennung noch mehr Bedeutung zukommen lässt. Von dem Inhaber des Sprecheramtes wird erwartet, dass er die Vertreter des Parlaments (Lok Sabha) als Ganzes angemessen repräsentieren kann und zugleich als Wächter der demokratischen Tradition fungiert, dessen Entscheidungen bindend sind und in der Regeln nicht in Frage gestellt werden können.

Reformpläne im Einzelnen

Der Maßnahmenplan, den Meira Kumar in ihrer Funktion als Sprecherin der Lok Sabha am 4. Juni 2009 vorstellte, beinhaltete hochambitionierte Reformversprechungen, die die vielfältigen Probleme, mit denen sich die Regierung konfrontiert sah, beheben sollte.

Die Armutsbekämpfung muss hier an vorderster Stelle genannt werden. Die Kongresspartei hat nicht zuletzt auf dem Land und in den Armutsvierteln der Großstädte die Wahlen gewonnen und stand in der Pflicht der armen Bevölkerung. Bei der Armutsbekämpfung konnte die Regierungskoalition auf einem bewährten Instrumentarium aus der letzten Legislaturperiode aufbauen: Hundert Tage vom Staat garantierte Lohnarbeit für jeweils ein Familienmitglied jeder armen Familie.

Weitere zentrale Themen waren nationale Sicherheit, nationale Gesundheit, Ausbau der Infrastrukturen, Reform des Bildungssektors sowie der Abbau von Subventionen. Insbesondere musste das Thema Subventionen, insb. bei Benzin, Diesel und Gas sofort in Angriff genommen werden. Dies war bisher ein Tabuthema, da Diesel insbesondere von der bäuerlichen Landbevölkerung und Gas zur Essenszubereitung von der Gesamtbevölkerung Indiens stark nachgefragt wird.

Reformen und gleichzeitiger Abbau des Finanzdefizits von zehn Prozent des Bruttosozialprodukts stellte aber eine nahezu unlösbare Aufgabe dar. Wie sollten die Reformen finanziert werden? Nennenswerte Steuererhöhungen schieden aus, da der Mittelstand bei Laune gehalten werden musste und an eine Besteuerung der armen Bevölkerung konnte auch nicht gedacht werden. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer stand zur Debatte.

Ausländische Direktinvestitionen

Ein weiterer Lösungsansatz zur Finanzierung war das Vorantreiben des Ansatzes der Private Public Partnership (PPP), mithilfe dessen die Regierung internationales Kapital rasch nach Indien holen könnte. Dies war in Zeiten der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht schwierig. Je nach Quelle der Prognosen wurde in Indien für 2010 mit einem Wirtschaftswachstum von 5 bis 9 Prozent gerechnet. Doch tat sich die neue indische Regierung nach wie vor schwer damit, im Bereich Foreign Direct Investment (FDI) umfassende Reformen durchzuführen. Dies gilt vor allem mit Bezug auf den Einzelhandel. Nach gescheiterten Gesprächen mit der indischen Regierung, die nicht von ihrer Beschränkung von 51% bei ausländischen Direktinvestitionen abrücken wollte, hat als einer der Ersten der schwedische Möbelkonzern IKEA seine Investitionspläne in Indien gestoppt. Der Konzern erklärte, er würde erst dann in Indien investieren, wenn es möglich ist 100% der Anteilsrechte der gegründeten Gesellschaft zu besitzen. Die Sorge der indischen Regierung bei diesem Themenkomplex ist, dass die ausländischen Großhandelsketten die Existenz des lokalen Einzelhandels und lokaler kleinerer Investoren sowie die damit verbundenen Arbeitsplätze des -von der Kongresspartei während den Wahlen als „aam admi“ umworbenen, einfachen Mannes- bedroht. Auf der anderen Seite sollte jedoch auch nicht übersehen werden, dass diese Firmen im großen Stil neue Arbeitsplätze schaffen und mit der Errichtung neuer Produktionsstätten technische Neuerungen einführen.

Bildungssektor

Ein anderer Sektor, der für ausländische Investoren bereits in der Vergangenheit hätte geöffnet werden können und in dem weitere einschneidende Reformen geplant sind, ist der Bildungsbereich. Das Ministerium für Human Resource Development hat aber erst kürzlich die Umsetzung eines Private Public Partnership Modells vorgeschlagen, das es privaten Dienstleistern ermöglichen soll, in den Bildungssektor zu investieren. Dies gilt auch für ausländische Direktinvestitionen. Ausländischen Universitäten soll so die Chance gegeben werden, in Indien mit eigenen Lehrplänen agieren zu können. Dadurch könnten alle indische Studentinnen und Studenten, deren Eltern ein Auslandsstudium nicht finanzieren können, in Indien eine hochwertige Ausbildung erhalten, die dem internationalen Vergleich standhält. Darüber hinaus plant das Ministerium die umstrittenen bisherigen Regulierungsbehörden, die University Grants Commission (UGC) und die All India Council for Technical Education (AICTE), durch eine neue, unabhängige Behörde zu ersetzen. Die neue Regulationsinstanz soll Korruption und Missmanagement beseitigen sowie Richtlinien bezüglich Lehrinhalte, Gebühren etc. einheitlich regeln und durchsichtiger gestalten. Dieser Schritt, der bereits von mehreren Stellen und Kommissionen empfohlen wurde, wird als ein Grundstein für wirksame Reformen des Bildungssystems angesehen und soll dazu beitragen, die große junge Bevölkerungsschicht Indiens, die die Zukunft des Landes darstellt, in ihrem Entwicklungspotenzial zu unterstützen.

Reservierung für Frauen

Mit der Verkündung eines Gesetzesvorschlags, der eine Reservierung von 33% der Parlamentssitze für Frauen vorsieht, wollte die UPA Regierung im Rahmen ihres 100-Tage-Reformprogramms einen Beitrag zur Frauenförderung leisten. Die frisch gewählte weibliche Sprecherin des Parlaments, Meira Kumar, ging davon aus, dass der noch diskutierte Gesetzesentwurf bald angenommen werden würde und damit die Position der indischen Frauen in der Gesellschaft entscheidend beeinflusst und verbessert werden würde. Im Oberhaus wurde der Entwurf dann auch tatsächlich angenommen. Im Unterhaus gibt es derzeit keine Mehrheit. Sonia Gandhi wartet ab.

Die neue Regierung im regionalen Kontext

Mit Blickrichtung auf die Außenpolitik sah und sieht sich die neue Regierung lösbaren Fragestellungen konfrontiert: Festigung der Beziehungen zu den USA, der EU und China. Stärkung des Friedensprozesses in der südasiatischen Region, mit Sri Lanka, Pakistan, Afghanistan und Nepal als Brennpunkte, sowie Festigung der Beziehungen zu ASEAN-Staaten.

Indien-Pakistan

Kurz nach der Wahl, am 16. Juni 2009 trafen sich zum ersten Mal seit den Anschlägen in Mumbai der indische Premier Manmohan Singh und der pakistanische Präsident Asif Ali Zardari zu einem Gespräch. Das Treffen fand auf neutralem Territorium am Rand eines Gipfeltreffens in der russischen Stadt Jekaterinburg statt. Singhs eindeutige Forderung, jeglichen Terrorismus auf pakistanischen Boden zu unterbinden, waren zu jenem Zeitpunkt unerwartet, provozierten aber keine Gegenreaktion. So wurde das Treffen von internationalen Beobachtern als eine „positive Entwicklung“ bewertet. Dieser Begegnung folgte ein Treffen der Außenminister beider Länder, bei dem dringende Fragen besprochen wurden. Einen Durchbruch gab es aber bisher nicht.

Entwicklungen in Sri Lanka: Indische Hoffnungen / Forderungen

Nach der Zerschlagung des paramilitärischen Teils der Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) in Sri Lanka und der darauf folgenden Verkündung des Endes der Bürgerkrieges stilisiert sich der Sri-Lankische Präsident Rajapaksa mit großen Siegesparaden und Aufrufen wie „I made it happen. Let us now built our nation“ zunehmend zu einem nationalen Helden. Die Tatsache, dass es nie genaue Zahlen über die zivilen Opfer sowie über die genauen Abläufe der Kampfhandlungen in den finalen Tagen offen gelegt wurden, wurde unter den Tisch gekehrt.

Indiens Rolle wird sich über den Friedensprozess in Sri Lanka neu zu definieren haben. Mehrere Begegnungen zwischen Präsident Rajapaksa und Außenminister S. M. Krishna sowie Manmohan Singh haben bisher stattgefunden. Indien erwartet, dass das von Rajapaksa ausgesprochene Versprechen, die Dezentralisierung in Sri Lanka voranzutreiben, eingelöst wird. Der „große Bruder“ ist sich seiner Verantwortung bewusst und hat Finanzhilfen zugesagt. Nicht zuletzt geht es aber mit einer weiteren Annäherung an Sri Lanka darum, hegemoniale Vorstöße Chinas und Pakistans in Südasien abzuwehren.

Fazit

Die Entwicklung von Maßnahmenkatalogen mit Bezug auf außen- und innenpolitische Themen reicht nicht aus, um den enormen Aufgaben zu begegnen. Innenpolitisch gesehen erfordern die heterogenen Gruppen aus ländlicher Bevölkerung, indischer urbanen Mittelklasse und Industrie separate Vorgehensweisen. Mit der Benennung von qualifizierten Personen als Minister setzte Manmohan Singh zwar gleich zu Beginn seiner neuen Amtszeit klare Zeichen, aber es zeigte sich im letzten Jahr, dass die indische Bürokratie ohne Reform nicht in der Lage war, die Maßnahmenkataloge ohne nennenswerte Reibungsverluste umzusetzen.

Außenpolitik

Indien und die USA bereiten gerade eine strategische Partnerschaft auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet vor. Premier Singh, Außenminister S. M. Krishna und andere Kabinettsmitglieder trafen sich aus diesem Anlass bereits öfters mit ihren amerikanischen Amtskollegen. Bis Juni 2010 waren es zwanzig Dialoge, die gleichzeitig abliefen.

Bereits in den 80iger Jahren hatte Rajiv Gandhi damit begonnen, eine neue Ära der amerikanisch-indischen Beziehungen einzuleiten. Premier Narasimha Rao verlieh dem Vorhaben 1994 neue Stoßkraft. Und wäre nicht 1998 der indische Pokhran Atomtest mit Einleitung einer Eiszeit der indisch-amerikanischen Beziehungen gewesen, gäbe es zum heutigen Zeitpunkt eine stabile Partnerschaft der beiden Länder mit militärischen (Fokus Terrorbekämpfung), politischen, umwelt-, gesundheits- und bildungspolitischen, wirtschaftlichen (Industrie und Agrarwirtschaft) und kulturellen Elementen. Darüber hinaus diskutiert die USA mit Indien auch das Thema „Stärkung der Frauen“.

Hauptfokus der strategischen Partnerschaft ist Pakistan und Afghanistan. Hier wird bald eine Formel des gemeinsamen Handelns entwickelt werden.

Im geopolitischen Kontext geht es aber ebenso um die Eindämmung der Bewegungsfreiheit Chinas.

Ein wichtiges, aktuelles Thema des strategischen Abkommens ist zudem die Nutzung von Atomenergie zu zivilen Zwecken.

Im Juli 2008 löste das umstrittene Atomabkommen mit den USA noch eine Regierungskrise in Indien aus. Mehrere kommunistische Parteien, welche nicht der Regierungskoalition angehören, aber die Regierung von „außen“ stützen, hatten dem indischen Premierminister Manmohan Singh zuletzt die Gefolgschaft bei dem umstrittenen Atom-Abkommen mit den USA verweigert und ihm damit die parlamentarische Mehrheit entzogen. Die Kommunisten lehnen die vor drei Jahren auf den Weg gebrachte Vereinbarung mit der Begründung ab, Indien mache sich damit zum Vasallen der USA. Nachdem Anfang Juli einige Parteien die Regierungskoalition verlassen hatten, forderte die Opposition die Vertrauensabstimmung, die der indische Regierungschef Manmohan Singh gewann.

Mit dem Atom-Abkommen soll Indien, das bis heute den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet hat, Zugang zu ziviler US-Atomtechnologie und Brennstoff erhalten. Aber zunächst muss die Internationale Atomenergieagentur dem Abkommen grünes Licht geben.

Das Atom-Abkommen mit den USA entstand im Grundsatz bereits 2005. Es beinhaltet die Zusammenarbeit beim zivilen Nutzen der Atom-Kraft, beispielsweise durch Technologie-Transfer, aber auch den Zugang zu nuklearem Brennstoff auf dem Welt-Markt. (Detaillinformationen zu diesem Thema siehe Quartalsbericht 1/2010)

Derzeit werden zwischen den USA und Indien insbesondere die Regeln für die Wiederaufbereitung von Nuklearbrennstoff auf indischem Gebiet diskutiert. Den wichtigen Gesetzentwurf zum Thema Schadensersatz bei einem Atomunfall musste die indische Regierung jedoch zunächst auf Eis legen. Kritiker des Entwurfes meinen, dass die jetzige Vorlage eher zum Vorteil der Betreiberfirmen und nicht der möglichen Opfer gereicht.

Im Hinterkopf haben die Inder immer noch die Katastrophe von Bhopal aus dem Jahre 1984. Ca. 15.000 Menschen sind bei der Giftgas-Katastrophe von Bhopal damals umgekommen. Mindestens 100.000 Menschen wurden von den 40 Tonnen ausströmenden Gases chronisch krank, insgesamt waren mehr als eine halbe Million Einwohner mit dem Gas in Berührung gekommen. Lediglich acht leitende Angestellte des US-Konzerns Union Carbide wurden jetzt, im Juni 2010, 25 Jahre nach der Katastrophe, der "fahrlässigen Tötung" für schuldig befunden und zu jeweils zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Das indische Nachfolgeunternehmen von Union Carbide muss zudem eine Geldstrafe in Höhe von 500.000 Rupien (etwa 8.900 Euro) zahlen. Bürgerrechtler und die indische Öffentlichkeit kritisierten das Urteil scharf und warfen die Frage auf, was im Falle eines zukünftigen Atomunfalls unter dem Indo-US-Abkommen geschehen würde.

Insofern wird die Forderung der USA, eine Ausnahmeregelung für ihre beiden größten Atomtechnologielieferanten Westinghouse und General Electric zu bekommen, von indischer Seite sicherlich diplomatisch geschickt pariert werden.

Derzeit misst die breite indische Öffentlichkeit den „strategischen Gesprächen“ noch wenig Bedeutung bei. Es sind „Gespräche“, die zukünftig auf dem einen oder anderen Gebiet in „Strategieoptionen“ münden können. Mit Spannung wird jetzt der angekündigte Besuch von Präsident Obama in Indien im November 2010 erwartet. Ob es ein harmonischer Besuch werden wird, hängt sicherlich auch von Indiens Haltung zum Thema „Öl- und Gaspipeline vom Iran“ und von der Position zu Umweltthemen ab. Hier hält sich Indien die Option vor, frei und angepasst entscheiden zu wollen. Die USA sehen dies anders.

Wirtschaft

Telekommunikation/Mobilfunkmarkt

2010 war bisher ein aufregendes Jahr für die etablierten indischen Mobilfunkbetreiber. Die Versteigerung der 3G-UMTS - Lizenzen in Indien ist beendet. Während in Deutschland zeitgleich bereits 4G Lizenzen versteigert wurden, holte Indien technologisch stark auf. Die Versteigerung wurde bereits fünfmal verschoben. Aus der Versteigerung erhoffte sich Finanzminister Pranab Mukherjee mehr als 5,3 Mrd. \$ Einnahmen. Diese Einnahmen werden bitter benötigt, denn der indische Haushalt ist schwer angeschlagen. Nach drei teuren Konjunkturprogrammen in den ersten Quartalen des im März 2010 endenden Fiskaljahrs kann ihn nur ein hoher Auktionserlös davor retten, das Haushaltsdefizit unterhalb der selbst gesetzten Marke von 6,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu halten. Die Rechnung ging voll auf. Der Gesamterlös aus den insgesamt 180 Versteigerungsrunden über 34 Tage betrug 14,6 Mrd. Dollar und übertraf die Erwartungen um mehr als das Doppelte.

In dem dichten indischen Mobilfunkmarkt tobt seit geraumer Zeit ein Preiskrieg. Nur etwa 1 Cent (eine halbe Rupie) kostet ein Ein-Minuten-Telefonat mittlerweile, d.h. man kann derzeit in Indien für einen Euro ca. 30 Minuten lang mobil landesweit telefonieren.

Experten und Branchenmanager sind sich einig, dass nur diejenigen Wettbewerber zu den Gewinnern im Markt gehören werden, die künftig teure Mehrwert-Datendienste für ein mobiles Internet anbieten können. Hierfür müssen aber erst einmal Abnehmer gefunden

werden. Zudem fehlt es an zündenden Ideen für die städtischen und ländlichen Marktsegmente.

Für die indischen Mobilfunkteilnehmer bringt der Generationssprung von der zweiten Mobilfunkgeneration 2G zu 3G eine gewaltige Entlastung, da nach dem steilen Wachstum der vergangenen Jahre auf nunmehr fast 550 Millionen Teilnehmern die Kapazitäten der bestehenden Netze nahezu ausgeschöpft sind. Teilweise müssen die Betreiber in Ballungsgebieten alle 100 bis 200 Meter Masten aufstellen, um der Datenmenge der digital durchgeführten Telefonate Herr zu werden. Abhilfe schafft die neue 3G-Technik. Sie kann mit demselben Frequenzspektrum etwa zweieinhalb Mal so viele Daten managen wie die bisherige 2G-Technik.

Aber es gab ein Problem, das auch für die fünfmalige Verschiebung verantwortlich war: Dem Militär wurde vor Jahrzehnten große Teile der jetzt zu versteigernden Frequenzen zugesprochen und sind noch reserviert. Monatelang diskutierten die Finanz-, Telekommunikations- und Verteidigungsminister heftig um die Freigabe der vom Militär blockierten Frequenzen. Dann endlich hatte die Armee zugesichert, bis Mitte 2010 wichtige Frequenzbänder freizustellen. Insofern können sich Besitzer von 3G-fähigen Mobilfunkgeräten langsam auf eine neue Zeit digitaler Dienste, vor allem Datendienste, in Indien einstellen. Bisher konnten sie sich nur am Design und der theoretischen Leistungsfähigkeit ihrer Endgeräte erfreuen, ohne dass diese sich auf die für sie vorgesehene Technologie im indischen Markt hätten stützen können.

Einer aktuellen Studie des Marktforschungsinstitutes Strategic Analytics (SA) zufolge wird die weltweite Zahl der UMTS-Mobilfunk-Kunden im Jahr 2010 die Schallmauer von einer Mrd. überschritten haben. Indien ist auch hier mit dabei.

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ
Autor: Dr. Volker Bauer
Lazarettstr. 33 – 80636 München –
Tel.: +49 (0)89 1258-0 – FAX: +49 (0)89 1258-359
E-Mail: grundsatzreferat@hss.de – Homepage: www.hss.de
Erstellt am: 25.07.2010